

# Lagebericht

## Die Aufgaben der ÖIAG

Auf Grund des ÖIAG-Gesetzes 2000 (BGBl. I 24/2000) in der Fassung der Gesetzesnovelle 2003 (BGBl. I Nr. 71/2003) hatte die ÖIAG im Berichtsjahr 2004 im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- **Privatisierungsmanagement:** Privatisierung jener Unternehmen, deren Anteile der ÖIAG übertragen sind.
- **Beteiligungsmanagement:** Ausübung der Anteilsrechte bei Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist; die ÖIAG ist unter bestimmten Umständen berechtigt, zusätzliche Anteile an Beteiligungsgesellschaften zu erwerben oder sich an Kapitalerhöhungen zu beteiligen.

Der geltende, für das Geschäftsjahr 2004 maßgebliche Privatisierungsauftrag wurde der ÖIAG von der Bundesregierung im Sinn des § 7 Abs. 1 ÖIAG-Gesetz 2000 in der a.o. Hauptversammlung vom 9. Mai 2003 erteilt und in der a.o. Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 sowie in der a.o. Hauptversammlung vom 17. September 2004 konkretisiert. Der Privatisierungsauftrag lautet auf die vollständige Abgabe folgender Unternehmen bzw. Unternehmensanteile:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben. Für die Österreichische Post AG soll in einem ersten Schritt ein strategischer Partner gesucht werden.

Die gemäß dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung von der ÖIAG durchzuführenden Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sollen sichere Arbeitsplätze in Österreich geschaffen bzw. erhalten, die Entscheidungszentralen und die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der zu privatisierenden Unternehmen wenn möglich in Österreich gehalten und die Interessen des österreichischen Kapitalmarkts berücksichtigt werden.

Der Privatisierungsauftrag hinsichtlich der BÖHLER-UDDEHOLM AG ist bereits seit Abgabe der letzten im Eigentum der ÖIAG befindlichen Anteile im November 2003 zur Gänze erfüllt.

In der a.o. Hauptversammlung vom 17. September 2004 wurde der 2003 erteilte Privatisierungsauftrag für die VA Technologie AG konkretisiert, indem die ÖIAG insbesondere ermächtigt wurde, bei Kapitalerhöhungen mitzuziehen. Als Ziele wurden die Beibehaltung einer österreichischen Kernaktionärsstruktur, die Aufrechterhaltung der Entscheidungszentrale und der Arbeitsplätze in Österreich, die Wahrung der Einheit des Unternehmens und die Förderung der F & E-Kapazitäten definiert.

## Umfeld

Die weltweite konjunkturelle Situation hat sich 2004 gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Das globale Wirtschaftswachstum erreichte knapp 4 % und unterstützte damit auch die Aktienmärkte, die durchwegs Zuwächse realisierten. Ein Rekordjahr verzeichnete in diesem Umfeld die Wiener Börse mit einem Anstieg des ATX um beachtliche 50 %. Die ÖIAG hat diese günstige Börsesituation mit der Abgabe eines Telekom Austria-Aktienpakets Anfang Dezember 2004 für einen weiteren Privatisierungsschritt genutzt.

Die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG konnten die verbesserte konjunkturelle Situation 2004 großteils in gute Geschäftsergebnisse umsetzen. Zudem hat der Beitritt von acht osteuropäischen Staaten zur EU im Mai 2004 die langjährigen Perspektiven für die Aktivitäten der ÖIAG-Portfoliounternehmen in diesem Raum positiv beeinflusst.

## Aktivitäten 2004

Im Dezember 2004 erfolgte mit der Platzierung von 85 Millionen Aktien im Wege eines „Accelerated Bookbuilding“-Verfahrens die Abgabe von 17 % der Aktien der Telekom Austria AG über die Börse. Die ÖIAG reduzierte damit ihren Anteil von zuvor 47,2 % auf 30,2 %. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Aktien betrug EUR 1.109,3 Mio, pro Aktie wurde ein Preis von EUR 13,05 erzielt.

Ebenso im Dezember 2004 wurde der Privatisierungsauftrag für den Bergbaubereich der ÖIAG durch die Privatisierung der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH im Wege einer Stiftungslösung erfüllt. Der Privatisierungserlös betrug EUR 10,0 Mio. Die Lösung in Form einer Stiftung stellt die möglichst langfristige Nutzung des Erzes durch die voestalpine AG sicher, nach Einstellung der Bergbautätigkeit geht der Erzberg als wichtiges industriehistorisches Denkmal an das Land Steiermark als Letztbegünstigten der Stiftung. Diesem Privatisierungsschritt war eine Umstrukturierung des Bergbaubereichs der ÖIAG vorangegangen. Die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH wurde dabei aus der ÖIAG-Bergbauholding abgespalten und der ÖIAG als direkte Beteiligungsgesellschaft angegliedert. Nach Umwandlung der ÖIAG-Bergbauholding AG in eine GmbH wurde diese mit der GKB-Bergbau GmbH als aufnehmender Gesellschaft verschmolzen, womit die GKB-Bergbau GmbH ebenfalls zu einer direkten Beteiligungsgesellschaft der ÖIAG wurde. Eine weitere Privatisierung der GKB-Bergbau GmbH erfolgt im Hinblick auf die notwendige Abwicklung von bergbaulichen Aufgaben nicht.

In Summe hat die ÖIAG 2004 aus der Privatisierung von Unternehmensanteilen einen Betrag von EUR 1.119,3 Mio erlöst.

## Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Siemens AG Österreich hat im Dezember 2004 ein öffentliches Übernahmeangebot auf Erwerb der Aktien der VA Technologie AG gestellt und im Jänner 2005 den ursprünglich gebotenen Preis von EUR 55 auf EUR 65 je Aktie verbessert. Die ÖIAG hat das Angebot für die in ihrem Eigentum stehenden 2,25 Millionen Aktien am 28. Jänner 2005 angenommen. Das Übernahmeangebot war mit 10. Februar 2005 abgeschlossen. Vorbehaltlich der kartellrechtlichen Prüfung durch die Europäische Kommission ist die Siemens AG Österreich damit neuer Eigentümer des Unternehmens. Da diese Prüfung bis Juli 2005 beendet sein dürfte, ist zu erwarten, dass die Transaktion im Juli 2005 mit Eingang des Privatisierungserlöses in Höhe von EUR 146,25 Mio abgeschlossen werden kann.

Die im Jahr 2003 begebene Umtauschanleihe auf voestalpine-Aktien mit Laufzeit bis zum 2. Oktober 2006 ermöglicht den Anleihehabern bis längstens 10. August 2006 einen Umtausch in Aktien. Seit Mitte Februar 2005 haben bereits einige Investoren von diesem Recht Gebrauch gemacht. Bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts (7. März 2005) sind insgesamt Wandlungen für Aktien im Nominale von EUR 87,2 Mio erfolgt. Dies entspricht einem Anteil an der voestalpine AG von rund 5,3 %. Die verbliebene Verbindlichkeit aus der Umtauschanleihe beträgt damit EUR 158 Mio.

## ÖIAG-Portfoliowert – Nettoverschuldung

Der Wert des ÖIAG-Portfolios ist im Jahr 2004 trotz der Abgabe eines 17 %-Anteils an der Telekom Austria AG gegenüber 2003 um EUR 0,9 Mrd angestiegen. Zum 31. Dezember 2004 repräsentierte das Portfolio aller ÖIAG-Beteiligungen einen Gesamtwert von rund EUR 5,5 Mrd.

Deutlich verbessert hat sich 2004 die Nettoverschuldung, die gegenüber 2003 von EUR 1,74 Mrd auf rund EUR 0,7 Mrd reduziert werden konnte. Daraus ergibt sich eine Überdeckung der Nettoverbindlichkeiten durch den Portfoliowert im Ausmaß von EUR 4,8 Mrd.

## Ergebnis 2004

Wichtigste ergebnisrelevante Faktoren für die ÖIAG waren im Geschäftsjahr 2004:

- Die Erlöse aus Privatisierungen betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 1.119,3 Mio (Privatisierungserlöse 2003: EUR 532,4 Mio) und betrafen die Telekom Austria AG und die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH.
- Aus den Privatisierungsgewinnen wurde das nachrangige Gesellschafterdarlehen der Republik Österreich in Höhe von EUR 26,3 Mio zur Gänze getilgt, weiters wurden der Republik Österreich gem. § 13 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 Genussrechte in Höhe von EUR 578,2 Mio eingeräumt. Dieser Betrag entsprach 95,6 % der Privatisierungsgewinne, da durch die vollständige Tilgung und Abrechnung des Gesellschafterdarlehens der Genussrechtsanspruch der Republik Österreich von 80 % auf den gesamten verbleibenden Anteil am Privatisierungsgewinn (95,6 %) anzuheben war. Ab 2005 werden die Privatisierungsgewinne zu 100 % für die Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten zu verwenden sein.
- Auf Grund des zum Bilanzstichtag vorliegenden Übernahmeangebots für die VA Technologie AG wurde der entsprechende Beteiligungsansatz erfolgswirksam um EUR 27,5 Mio aufgewertet.
- Aus der Auflösung der Rückstellung für die Bonusaktien aus dem IPO der Telekom Austria AG im Jahr 2000 resultierte ein Ergebnisbeitrag von EUR 3,0 Mio.
- Für die Dividend Protection im Zusammenhang mit der Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien – im Fall der Wandlung in Aktien erhält der Investor die während der bisherigen Laufzeit der Anleihe angefallenen Dividenden – war eine Rückstellung in Höhe von EUR 3,25 Mio zu dotieren.
- Die für Privatisierungen abgerechneten Kosten erreichten 2,3 % des Privatisierungserlöses.

- Der durchschnittliche Personalstand der ÖIAG betrug im Berichtszeitraum 43 Personen und lag damit im Schnitt um fünf Personen unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2004 weist einen Jahresüberschuss von EUR 101,0 Mio aus (2003: Jahresüberschuss von EUR 19,7 Mio). Nach Auflösung von Rücklagen beträgt der Bilanzgewinn EUR 282,9 Mio. Der Vorstand schlägt vor, einen Betrag in Höhe von EUR 255,0 Mio als Dividende für das Jahr 2004 auszuschütten. Die verbliebenen EUR 27,9 Mio sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Bilanzsumme der ÖIAG hat sich im Verlauf des Jahres 2004 um insgesamt EUR 687,3 Mio bzw. 13 % auf EUR 4.587,0 Mio verringert. Der Buchwert der Beteiligungen ging dabei von EUR 2.508,3 Mio auf EUR 2.047,4 Mio zurück. Hauptfaktoren dieser Entwicklung waren die im Berichtsjahr durchgeführten Privatisierungen, denen die bereits erwähnte Aufwertung der Beteiligung an der VA Technologie AG gegenüberstand.

Das Gesellschafterdarlehen der Republik Österreich wurde im Geschäftsjahr zur Gänze getilgt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich durch Tilgungen im Ausmaß von EUR 90,4 Mio auf EUR 163,9 Mio, die Refundierungsverbindlichkeiten gingen um EUR 567,6 Mio auf EUR 1.234,8 Mio zurück. Weiters entfallen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 570,2 Mio auf die beiden auf Aktien der voestalpine AG und der Telekom Austria AG begebenen Umtauschanleihen und EUR 10,2 Mio auf Finanzschuld aus sonstigen Verbindlichkeiten. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Liquidität in Höhe von EUR 1.269,70 Mio ergibt sich daraus insgesamt eine Nettoverschuldung von EUR 709,4 Mio.

Das Eigenkapital blieb mit einer Erhöhung um EUR 1,0 Mio auf EUR 2.451,8 Mio gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (2003: EUR 2.450,8 Mio). Die Eigenkapitalquote lag zum Bilanzstichtag bei 53 %. (2003: 46,5 %).

## Risikomanagement

Zum Bilanzstichtag bestehen bei der ÖIAG zwei Derivatgeschäfte (Zins-Währungsswaps) zur Absicherung von Schweizer Franken-Darlehen der ehemaligen PTBG, die 2005 planmäßig zu tilgen sind. Es ergeben sich daraus für die Vermögens- und Ertragslage zum 31. Dezember 2004 keine Auswirkungen. In den Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung des Bundes ist ein Darlehen in Japanischen Yen enthalten. Dieser Verbindlichkeit steht eine Refundierungsforderung an die Republik Österreich in gleicher Höhe gegenüber. Bewertungsänderungen er-

folgen daher nicht. Im Rahmen des internen Kontrollsystems der ÖIAG werden die Fremdwährungspositionen laufend evaluiert.

## Ausblick

Die Aufgaben der ÖIAG im Geschäftsjahr 2005 ergeben sich weiterhin aus dem ÖIAG-Gesetz 2000 sowie aus dem daraus abgeleiteten, von der Bundesregierung jeweils für eine Legislaturperiode beschlossenen Privatisierungsauftrag.

Von dem im Jahr 2003 von der Österreichischen Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode erteilten Privatisierungsauftrag ist lediglich die Abgabe sämtlicher Anteile an der voestalpine AG offen. Sie wird jedoch durch die vorgesehene weitere Tilgung der Umtauschanleihe in Aktien bis längstens 2006 abgeschlossen sein.

Der Privatisierungsauftrag für die ÖIAG-Bergbauholding AG wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr abgeschlossen. Bezüglich der VA Technologie AG wird der Transaktionsabschluss für Juli 2005 erwartet.

Des Weiteren sieht der Privatisierungsauftrag die Abgabe von bis zu 100 % der Beteiligung an der Telekom Austria AG vor, an der die ÖIAG derzeit noch 30,2 % der Aktien hält. 5 % dieser Aktien sind der 2003 begebenen Umtauschanleihe der ÖIAG auf Telekom Austria-Aktien unterlegt, deren Laufzeit im August 2006 endet. Für die Österreichische Post AG wird ein strategischer Partner gesucht. Alternative Konzepte, die allenfalls zu einer Änderung des Privatisierungsauftrags führen könnten, werden geprüft.

Die ÖIAG hat die Abgabe der genannten Beteiligungen entsprechend den Auflagen des ÖIAG-Gesetzes 2000 und entsprechend dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung vorzunehmen.

Wien, am 7. April 2005

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH e. h.

## Bilanz zum 31. Dezember 2004

Aktiva	EUR	EUR	Stand 31. 12. 2004 EUR	Stand 31. 12. 2003 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
Konzessionen, Rechte		125.379,96		301
<b>II. Sachanlagen</b>				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, davon Grundwert EUR 2.529.560,54 (2003: TEUR 3.171)	2.529.560,54			3.171
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	521.405,36			508
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00			8
		<b>3.050.965,90</b>		<b>3.687</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>				
1. Beteiligungen	2.047.367.992,69			2.508.259
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.912.694,60			25.518
3. Sonstige Ausleihungen	0,0			9
		<b>2.073.280.687,29</b>		<b>2.533.786</b>
			<b>2.076.457.033,15</b>	<b>2.537.774</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	127.513,73			33
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	30.458,21			48
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	180.944.127,51			178.447
		<b>181.102.099,45</b>		<b>178.528</b>
<b>II. Sonstige Wertpapiere und Anteile</b>		436.255.171,90		327.709
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>		658.343.001,58		417.181
			<b>1.275.700.272,93</b>	<b>923.418</b>
<b>C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden</b>			<b>1.234.830.052,56</b>	<b>1.813.041</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
1. Disagio, Fremdkapitalbeschaffungskosten		5.109,12		10
2. Sonstige		16.970,33		26
			<b>22.079,45</b>	<b>36</b>
			<b>4.587.009.438,09</b>	<b>5.274.269</b>

Passiva			Stand	Stand
	EUR	EUR	31. 12. 2004 EUR	31. 12. 2003 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Grundkapital		363.365.000,00		363.365
II. Kapitalrücklagen				
1. Gebundene	1.769.202.805,69			1.780.062
2. Nicht gebundene	0,00			171.040
		<b>1.769.202.805,69</b>		<b>1.951.102</b>
III. Gewinnrücklagen (Gesetzliche Rücklage)		36.336.417,08		36.337
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (2003: TEUR 0)		282.900.000,00		100.000
			<b>2.451.804.222,77</b>	<b>2.450.804</b>
<b>B. Sonstige unbesteuerter Rücklagen</b>			<b>0,00</b>	<b>0<sup>1</sup></b>
<b>C. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Abfertigungen		1.796.937,00		1.837
2. Rückstellungen für Pensionen		2.817.725,35		2.813
3. Sonstige Rückstellungen		122.985.313,31		122.971
			<b>127.599.975,66</b>	<b>127.621</b>
<b>D. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden</b>		1.245.063.646,70		
davon durch Rückforderungsansprüche nicht gedeckt		-10.233.594,14		
			<b>1.234.830.052,56</b>	<b>1.812.635</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>				
1. Nachrangiges Gesellschafterdarlehen		0,00		26.269
2. Anleihen (Exchangeable Notes)		570.200.000,00		570.200
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		163.874.596,95		254.261
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		437.477,98		1.939
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		16.984.094,24		19.396
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 10.226,94 (2003: TEUR 11) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 53.415,96 (2003: TEUR 62)		21.279.017,93		11.144
			<b>772.775.187,10</b>	<b>883.209</b>
			<b>4.587.009.438,09</b>	<b>5.274.269</b>

<sup>1</sup> Kleinbetrag

# Anlagevermögen

gemäß § 226 Abs. 1 HGB per 31. Dezember 2004

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	Stand 1. 1. 2004	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2004
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>Anlagevermögen</b>					
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Konzessionen, Rechte	754.809,46	24.381,76	0,00	4.599,89	774.591,33
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund					
a) Bebaute Grundstücke					
Gebäudewert	117.388,56	0,00	0,00	56.482,39	60.906,17
b) Unbebaute Grundstücke	3.185.832,78	0,00	0,00	641.248,19	2.544.584,59
	<b>3.303.221,34</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>697.730,58</b>	<b>2.605.490,76</b>
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.959.724,89	473.307,66	8.610,00	1.423.336,66	2.018.305,89
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.610,00	0,00	-8.610,00	0,00	0,00
	<b>6.271.556,23</b>	<b>473.307,66</b>	<b>0,00</b>	<b>2.121.067,24</b>	<b>4.623.796,65</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Beteiligungen	3.650.687.935,12	283.468,61	0,00	488.634.608,09	3.162.336.795,64
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.912.694,60	35.000,00	0,00	0,00	25.947.694,60
3. Sonstige Ausleihungen	9.386,90	0,00	0,00	9.386,90	0,00
	<b>3.676.610.016,62</b>	<b>318.468,61</b>	<b>0,00</b>	<b>488.643.994,99</b>	<b>3.188.284.490,24</b>
<b>Summe</b>	<b>3.683.636.382,31</b>	<b>816.158,03</b>	<b>0,00</b>	<b>490.769.662,12</b>	<b>3.193.682.878,22</b>

Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31. 12. 2004	Buchwert 31. 12. 2003	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>649.211,37</b>	<b>125.379,96</b>	<b>300.809,48</b>	<b>199.811,28</b>	<b>0,00</b>
60.906,17	0,00	0,00	0,00	0,00
15.024,05	2.529.560,54	3.170.808,73	0,00	0,00
<b>75.930,22</b>	<b>2.529.560,54</b>	<b>3.170.808,73</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1.496.900,53	521.405,36	507.785,88	0,00	0,00
0,00	0,00	8.610,00	354.391,39	0,00
<b>1.572.830,75</b>	<b>3.050.965,90</b>	<b>3.687.204,61</b>	<b>354.391,39</b>	<b>0,00</b>
1.114.968.802,95	2.047.367.992,69	2.508.258.910,55	37.290,92	27.497.512,54
35.000,00	25.912.694,60	25.518.271,14	35.000,00	394.423,46
0,00	0,00	9.386,90	0,00	0,00
<b>1.115.003.802,95</b>	<b>2.073.280.687,29</b>	<b>2.533.786.568,59</b>	<b>72.290,92</b>	<b>27.891.936,00</b>
<b>1.117.225.845,07</b>	<b>2.076.457.033,15</b>	<b>2.537.774.582,68</b>	<b>626.493,59</b>	<b>27.891.936,00</b>

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit von 1. Jänner 2004 bis 31. Dezember 2004

	2004		2003	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		243.028,93		305
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	382.878,47		32	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.343.255,84		370	
c) Übrige	848.062,98	4.574.197,29	2.571	2.973
3. Personalaufwand				
a) Gehälter	5.309.849,55		5.447	
b) Aufwendungen für Abfertigungen	648.174,69		600	
c) Aufwendungen für Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	2.651,06		1	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	3.333.951,05		6.859	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	764.841,71		924	
f) Sonstige Sozialaufwendungen	130.428,47	-10.189.896,53	119	-13.950
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-544.202,67		-520
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 17 fallen	22.471,04		37	
b) Übrige	11.272.896,61	-11.295.367,65	26.545	-26.582
<b>6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg)</b>		<b>-17.222.240,63</b>		<b>-37.774</b>
7. Erträge aus Beteiligungen		123.024.364,11		95.466
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.128.403,23		1.146
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		23.769.412,97		17.451
10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens		644.647.096,68		218.312
11. Aufwand aus dem Genussrechtsanspruch des Bundes		-578.210.934,77		-164.831
12. Kursgewinne/-verluste aus dem Finanzbereich		0,00		17.651
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens				
a) Abschreibungen	72.290,92		61	
b) Aufwendungen aus Beteiligungen	3.250.000,00		10.092	
c) Sonstige Aufwendungen	284.966,98	-3.607.257,90	0	-10.153
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-92.524.925,80		-117.366
<b>15. Zwischensumme aus Z 7 bis 14 (Finanzerfolg)</b>		<b>118.226.158,52</b>		<b>57.676</b>
<b>16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>101.003.917,89</b>		<b>19.902</b>
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-3.500,00		-238

	2004		2003	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
<b>18. Jahresüberschuss</b>		<b>101.000.417,89</b>		<b>19.664</b>
19. Auflösung unverteuerter Rücklagen		62,14		35
20. Auflösung von Kapitalrücklagen		181.899.519,97		19.204
21. Auflösung von Gewinnrücklagen		0,00		61.097
<b>Jahresgewinn</b>		<b>282.900.000,00</b>		<b>100.000</b>
22. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0,00		0
<b>23. Bilanzgewinn</b>		<b>282.900.000,00</b>		<b>100.000</b>

## Entwicklung der unverteuerten Rücklagen

	Stand 1. 1. 2004 EUR	Auflösung EUR	Stand 31. 12. 2004 EUR
<b>Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG</b>			
2000	62,14	62,14	0,00

# Anhang

## A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffenden Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem im Rahmen des Budgetbeleggesetzes 2003 geänderten ÖIAG-Gesetz 2000.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ÖIAG-Gesetz 2000.

Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 wurde dem Bund ein obligatorischer Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften eingeräumt, der mit der Höhe der Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden, begrenzt ist. 20 % der Gewinne dienen zur Tilgung des in der Bilanz der ÖIAG ausgewiesenen nachrangigen Gesellschafterdarlehens. Nach Tilgung des Gesellschafterdarlehens erhöht sich der Anspruch des Bundes auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG und der Post und Telekombeteiligungsgesellschaft werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrecht erhalten.

Auf der Grundlage des Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG 2004 17 % der Anteile an der Telekom Austria privatisiert sowie die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH zur Gänze abgegeben.

Die ÖIAG hat mit 31. Dezember 2003 an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen zwei Größenmerkmale des § 221 Abs. 1 HGB – Umsatz und Arbeitnehmer – im Jahresdurchschnitt nicht mehr überschritten; die Rechtsfolgen der Größenmerkmale – kleine Aktiengesellschaft – treten ab dem Geschäftsjahr 2004 ein.

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung sind unter Anwendung des Vorsichts- und des imparitätischen Realisationsprinzips erfolgt. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, bisherige Bilanzierungsgrundsätze wurden beibehalten.

Auf Grund einer möglichen, per Ende 2006 bevorstehenden Schließung der ÖIAG wurden für den Bereich Personal – basierend auf versicherungsmathematischen Berechnungen – entsprechend dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht Rückstellungen in einem Ausmaß gebildet, das dem Schließungsszenario Rechnung trägt. Insoweit wurde von der Bewertung nach dem Going-Concern-Prinzip abgegangen.

Gemäß der Fair Value-Richtlinie erfolgt eine Bewertung der Wertansätze des Finanzanlagevermögens (siehe Punkt B.b.).

## Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 33,3 %.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

**Geringwertige Vermögensgegenstände** (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400,-) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 – 33,3 %
------------------------------------	-------------

**Anteile an Beteiligungen** werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Die **sonstigen Ausleihungen** werden grundsätzlich mit Nennwerten bzw. mit den niedrigeren Barwerten am Bilanzstichtag bewertet.

Rechnungszinssatzes und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 1999-P (Angestellte).

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

**Verbindlichkeiten** werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet. Zwei Schweizer Franken-Darlehen, die aus der Fusion mit der ehemaligen PTBG übernommen wurden, sind durch Swaps kursgesichert und wurden mit dem Kurssicherungskurs bewertet.

## Umlaufvermögen

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert – Fonds mit dem Anschaffungswert – aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen werden abgezinst.

## Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 3,5 % angewendet. Die Höhe der Rückstellungen für Pensionen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,0%-igen

## B. Erläuterung der Bilanz

### a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,47 Mio. Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 0,87 Mio.

### b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel detailliert dargestellt.

Der unter den Zuschreibungen zu den Beteiligungen ausgewiesene Betrag betrifft die Wertaufholung des Beteiligungsansatzes bei der VA Technologie AG, die Zuschreibungen zu den Wertpapieren gehen auf die R32-Raiffeisenfondsanteile zurück.

Die Wertpapiere beinhalten Investmentfondsanteile zur Wertpapierdeckung für die Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläen, sowie für allfällige Nachschussverpflichtungen für an die APK-Pensionskasse übertragene Rückstellungen.

Entsprechend der Fair Value-Richtlinie ergab die Prüfung der Beteiligungswerte der börsennotierten Beteiligungen einen positiven Differenzbetrag zwischen den Buchwerten und den mit den Marktkursen zum 31. Dezember 2004 bewerteten Beteiligungen von EUR 3,1 Mrd. Die Beteiligungsansätze der nicht börsennotierten Beteiligungen sowie die Wertpapiere des Anlagevermögens entsprechen im Sinne der Fair Value-Richtlinie den Buchwerten, wie sie zum 31. Dezember 2004 ausgewiesen werden. Gleiches gilt für die Wertrechte des Anlagevermögens.

### c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Posten	Bilanzwert EUR Mio
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,13 (0,03)
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	0,03 (0,05)
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr)	180,94 (178,45)
<b>Summe (Summe Vorjahr)</b>	<b>181,10 (178,53)</b>

### Restlaufzeit bis 2006

Sonstige Forderungen	175,00
Wertpapiere des Umlaufvermögens	305,00
<b>Summe Forderungen und Wertpapiere</b>	<b>480,00</b>

### d. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 4 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1348 ABGB). Im Jahr 2004 entstanden Genussrechtsansprüche des Bundes in Höhe von EUR 578,21 Mio. Die Rückforderungsansprüche sanken daher bis zum 31. Dezember 2004 auf EUR 1.234,83 Mio.

### e. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. Dezember 2004, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

### f. Grundkapital und Rücklagen

Das Grundkapital von EUR 363.365.000,- ist geteilt in 5.000 Stückaktien. Auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 18. Juni 2004 wurde der Bilanzgewinn 2003 in der Höhe von EUR 100,00 Mio an den Bund ausgeschüttet. Zum 31. Dezember 2004 wurden von den Kapitalrücklagen EUR 181,90 Mio aufgelöst, sodass ein Bilanzgewinn von EUR 282,90 Mio ausgewiesen wird.

### g. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem eine Vorsorge für den Entschädigungsfonds (EUR 36,34 Mio, 2003: EUR 36,34 Mio), Vorsorgen für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen (EUR 39,70 Mio, 2003: EUR 39,88 Mio) und Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von EUR 38,86 Mio (2003: EUR 39,00 Mio).

### h. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 1.234,83 Mio. Aus der Abrechnung mit dem Bund per 31. Dezember 2004 ergibt sich eine zusätzliche noch offene Tilgungsverpflichtung von EUR 10,23 Mio, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

(Verbindlichkeiten fällig < 1 Jahr: EUR 566,71 Mio; fällig in 1 – 5 Jahren: EUR 630,02 Mio; länger als 5 Jahre: EUR 48,33 Mio)

### i. Verbindlichkeiten

Posten	Mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR Mio	Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR Mio	Bilanzwert EUR Mio
Gesellschafterdarlehen (im Vorjahr)	0,0 (26,27)	0,0 (0,0)	0,0 (26,27)
Anleihen (im Vorjahr)	0,00 (0,00)	570,20 (570,20)	570,20 (570,20)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	134,05 (90,39)	29,82 (163,87)	163,87 (254,26)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,44 (1,94)	0,0 (0,0)	0,44 (1,94)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	16,98 (19,40)	0,0 (0,0)	16,98 (19,40)
Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	21,28 (11,14)	0,0 (0,0)	21,28 (11,14)
<b>Summe (Summe Vorjahr)</b>	<b>172,75 (149,14)</b>	<b>600,02 (734,07)</b>	<b>772,77 (883,21)</b>

Der § 13 Abs. 1 des ÖIAG-Gesetzes 2000 sieht vor, dass 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens zu verwenden sind. Das nachrangige Gesellschafterdarlehen wurde in der Berichtsperiode zur Gänze getilgt.

Bei den Anleihen handelt es sich um Umtauschanleihen auf Aktien der Telekom Austria AG (EUR 325,00 Mio bzw. Stück 25 Mio Stückaktien) und der voestalpine AG (EUR 245,20 Mio bzw. Stück 5,94 Mio Stückaktien), die 2006 fällig sind.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 9,94 Mio nach dem 31. Dezember 2009 (2003: EUR 14,91 Mio

nach dem 31. Dezember 2008) fällig. Den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – sie gingen im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes 2000 durch Verschmelzung auf die ÖIAG über – von EUR 163,87 Mio (2003: EUR 254,26 Mio) stehen Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten von zusammen EUR 1.094,60 Mio (2003: EUR 744,89 Mio) gegenüber. Aus diesen sind auch die Zinsenzahlungen 2005 für die Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung des Bundes und die Tilgung der in 2006 fälligen Umtauschanleihen – soweit nicht eine Abstattung in Form von Aktien erfolgt – zu leisten.

## C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

### a. Umsatzerlöse

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Umlagen	0,06	0,07
Sonstige	0,18	0,24
<b>Umsatzerlöse Inland</b>	<b>0,24</b>	<b>0,31</b>

### b. Sonstige betriebliche Erträge

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	0,38	0,03
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3,34	0,37
Übrige	0,85	2,57
	<b>4,57</b>	<b>2,97</b>

Die übrigen betrieblichen Erträge beinhalten Mieterträge, Kostenvergütungen und dergleichen.

### c. Personalaufwand

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Gehälter <sup>1</sup>	5,31	5,45
Aufwendungen für Abfertigungen	0,65	0,60
Aufwendungen für Altersversorgung	3,33	6,86
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,77	0,92
Sonstige Sozialaufwendungen	0,13	0,12
	<b>10,19</b>	<b>13,95</b>

<sup>1</sup> Inkl. Abrechnung und Auszahlung von Aktienoptionen. Per 31. Dezember 2004 bestehen keine Optionsrechte.

### d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,02	0,04
Übrige	11,27	26,54
	<b>11,29</b>	<b>26,58</b>

In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind neben Aufwendungen für die Privatisierung von Beteiligungsgesellschaften unter anderem Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare und Wertberichtigungen enthalten.

### e. Beteiligungsergebnis

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Dividendenerträge	123,02	95,47
Aufwendungen aus Beteiligungen	-3,25	-10,09
	<b>119,77</b>	<b>85,38</b>

### f. Zinsenergebnis

	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23,77	17,45
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-92,52	-117,37
	<b>-68,75</b>	<b>-99,92</b>

### g. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Erträge von EUR 644,65 Mio stammen im Wesentlichen aus der Privatisierung von Beteiligungen. Darin sind auch die Zuschreibung zu Beteiligungen in der Höhe von EUR 27,5 Mio und die Zuschreibung zu sonstigen Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von EUR 0,4 Mio enthalten.

## D. Organe, Arbeitnehmer

### h. Kursgewinne/Kursverluste aus dem Finanzbereich

Die Verbindlichkeiten in Schweizer Franken sind mittels Swaps zur Gänze kursgesichert, sodass im Berichtsjahr 2004 aus diesem Titel keine Kursverluste oder Kursgewinne mehr entstanden sind.

### i. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt EUR 282,9 Mio. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Nach dem ÖIAG-Gesetz hat der Vorstand in den Vorschlag über die Gewinnverteilung eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden.

a. Im Jahr 2004 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 43 (2003: 48) Dienstnehmer beschäftigt.

### b. Pensionen und Abfertigungen

Aufwand für Abfertigungen	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,45	0,19
Sonstige Arbeitnehmer	0,20	0,41
<b>Summe</b>	<b>0,65</b>	<b>0,60</b>

Aufwand für Pensionen	2004 EUR Mio	2003 EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,42	0,64
Sonstige Arbeitnehmer	2,91	6,22
<b>Summe</b>	<b>3,33</b>	<b>6,86</b>

Der Aufwand der Pensionen für sonstige Arbeitnehmer resultiert aus Nachschussverpflichtungen für Pensionen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse AG übertragen worden sind; die zum 31. Dezember 2004 passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem versicherungsmathematisch errechneten Deckungserfordernis abzüglich des zum 31. Dezember 2004 voraussichtlich bei APK befindlichen ÖIAG-Vermögens. Das Veranlagungsergebnis reichte nicht aus, um die laufenden Pensionszahlungen abzudecken. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. Dezember 2004: 374 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelmetallwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,17 Mio.

**d. Vorstand**

**Dr. Peter MICHAELIS**  
Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

Die entgeltlichen Bezüge<sup>1</sup> von Herrn Dr. Michaelis beliefen sich im Geschäftsjahr 2004 auf EUR 0,67 Mio (fixer Teil aus 2004 EUR 0,36 Mio, variabler Restanteil aus 2002 EUR 0,03 Mio und variabler Teilbetrag aus 2003 EUR 0,28 Mio).

Die entgeltlichen Bezüge<sup>1</sup> von Herrn Dipl.-Ing. Wieltsch beliefen sich im Geschäftsjahr 2004 auf EUR 0,55 Mio (fixer Teil aus 2004 EUR 0,29 Mio, variabler Restanteil aus 2002 EUR 0,03 Mio und variabler Teilbetrag aus 2003 EUR 0,23 Mio).

**Dr. Alexander RIKLIN**  
Gesellschafter und Geschäftsführer der Alcar Holding GmbH

**Dr. Klaus STURANY**  
Mitglied des Vorstands der RWE AG  
(seit 18. Juni 2004)

**Dr. Erich WIESNER**  
Geschäftsführender Gesellschafter der Wiesner-Hager Baugruppe Holding GmbH

**KR Ing. Siegfried WOLF**  
Executive Vice Chairman der Magna International Europe AG

**Ing. Leopold ABRAHAM**  
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats der OMV AG

**Anton BENEDER**  
Vorsitzender der Konzernvertretung der VA Technologie AG

**Gerhard FRITZ**  
Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Post AG

**Michael KOLEK**  
Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG

**Helmut OBERCHRISTL**  
Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats der voestalpine Stahl GmbH

**e. Aufsichtsratsmitglieder**

**Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL**  
*Vorsitzender*  
Geschäftsführer der Heinzl Holding GmbH

**Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT**  
*Erster stellvertretender Vorsitzender*  
Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG

**Dr. Veit SORGER**  
*Zweiter stellvertretender Vorsitzender*  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Mondi Packaging AG  
Präsident der Vereinigung der österreichischen Industrie

**Dr. Paul ACHLEITNER**  
Mitglied des Vorstands der Allianz AG  
(bis 18. Juni 2004)

**Dr. Karl BÜCHE**  
Vorsitzender des Vorstands der BRAU UNION AG

**Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER**  
Rechtsanwalt

**Dr. Astrid GILHOFER**  
Geschäftsführende Gesellschafterin der CI Projektmanagement GmbH

<sup>1</sup> ohne Berücksichtigung etwaiger Sach- bzw. Sozialaufwendungen

## E. Beteiligungsspiegel

Firma	Sitz	Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis	Eigenkapital	Anteil am Kapital	Jahresüber- schuss (Fehlbetrag)
			EUR Mio	%	EUR Mio
APK Pensionskasse AG	Wien	2003	17,00	27,6	3,24
Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG	Wien	2004	259,40	39,7	-25,67
IMIB AG	Wien	2003	2,49	100,0	1,56
GKB-Bergbau GmbH	Bärnbach	2004	80,95	100,0	20,23
Österreichische Post AG	Wien	2004	665,83	100,0	47,23
OMV AG	Wien	2004	3.457,16	31,5	573,00
SCHOELLER-BLECKMANN GmbH	Ternitz	2004	3,80	100,0	0,14
Telekom Austria AG	Wien	2004	2.736,31	30,2	364,18
VA Technologie AG	Linz	2004	390,08	14,7	-63,59
VOESTALPINE AG	Linz	2003/2004	1.189,15	15,0	125,85
VOEST-ALPINE Steinel GmbH	Linz	2004	0,83	100,0	0,47

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der genannten Gesellschaften.

Durch das Bundesgesetz vom 26. April 2000, das am 17. Mai 2000 in Kraft getreten ist (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

Wien, am 7. April 2005

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH e. h.

# Bestätigungsbericht

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft, Wien, unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufüblichen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Jahresabschluss ein. Sie umfasst ferner die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt. Auf Grund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 7. April 2005

 ERNST & YOUNG

Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

Dr. Alfred Brogyányi e. h.  
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Schwartz e. h.  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrats

## Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 2004

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2004 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben fünf Plenarsitzungen und zwei Ausschusssitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren insbesondere die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit den Privatisierungen auf Grund des neuen, im Jahr 2003 erteilten Privatisierungsauftrags der Bundesregierung.

Der bedeutendste Privatisierungsvorgang im Geschäftsjahr 2004 war die Abgabe von 17 % der Aktien an der Telekom Austria AG, was die größte jemals in Österreich durchgeführte Börsentransaktion war. Ein weiteres bedeutendes Thema, mit dem sich der Aufsichtsrat während des gesamten Geschäftsjahres befasste, war die Aktionärsstruktur der VA Technologie AG, insbesondere die im Raum stehenden Angebote auf eine Übernahme dieser Gesellschaft. Auch die Restrukturierung des Bergbaubereichs, insbesondere die Abspaltung der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH zur ÖIAG und die nachfolgende Einbringung dieser Gesellschaft in eine gemeinsam mit der voestalpine AG errichtete Stiftung sowie die Verschmelzung der ÖIAG-Bergbauholding mit der GKB-Bergbau GmbH wurden im Aufsichtsrat eingehend diskutiert und die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Schließlich befasste sich der Aufsichtsrat auch mit dem vom Vorstand vorgelegten Arbeitskonzept 2004–2006 und bestellte neuerlich die beiden derzeit amtierenden Vorstandsmitglieder für die Zeit bis 30. Juni 2006.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2004 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesell-

schaft, der Beteiligungsgesellschaften und der gesamten ÖIAG-Gruppe berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Im vergangenen Geschäftsjahr ist ein Aufsichtsratsmitglied durch Zeitablauf ausgeschieden, der Aufsichtsrat hat gemäß § 4 ÖIAG-Gesetz 2000 ein neues Mitglied bestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die Europa Treuhand Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., nunmehr: Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2004, der damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, vom Bilanzgewinn von EUR 282.900.000,- eine Dividende von EUR 255.000.000,- auszuschütten und den Rest von EUR 27.900.000,- auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs. 1 HGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 7. April 2005

Alfred H. Heinzl e. h.  
Vorsitzender des Aufsichtsrats